

/// Einführung

UNSIKERHEITEN IN EUROPA

ANDREA ROTTER /// Seit geraumer Zeit stellt eine Reihe von neuen sowie obsolet geglaubten Konflikten Europa vor immense sicherheitspolitische Herausforderungen. Anhand der Vielfalt der Sicherheitsbedrohungen und der ebenso mannigfachen Lösungsansätze innerhalb der Europäischen Union (EU) wird ersichtlich, dass ein gemeinsames Vorgehen allein aufgrund unterschiedlicher Bedrohungsperzeptionen und Definitionen von Sicherheit erschwert wird. Allerdings birgt das geteilte Bewusstsein über gegenwärtige Unsicherheiten auch Chancen – sofern sie genutzt werden.

Schon seit den Anfängen der EU stellt die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) das schwächste Glied des europäischen Integrationsprozesses dar. Während vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten durch die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion relativ zügig vorangetrieben wurde, kommt die Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik hingegen nur schleppend voran. Nach wie vor stehen nationale Interessen und sicherheitspolitische Autonomiegedanken möglichen Souveränitätsverzicht in diesen für Nationalstaaten sensiblen Politikfeldern entgegen. Nachdem die Eurokrise lange Zeit die Agenda in Brüssel bestimmte, rückten zuletzt eine Vielzahl von Konflikten die GSVP in den Fokus der politischen Debatte: die Ukraine Krise und Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Brennpunkte im Mittele-

ren Osten und die daraus resultierende Flüchtlingswelle sowie zuletzt die Terroranschläge von Paris am 13. November 2015. Derartige Ereignisse und Entwicklungen führen uns immer wieder die Fragilität der europäischen Sicherheitsordnung vor Augen. Es scheint, dass Krisen in der heutigen Zeit „zum neuen Normalzustand“⁴¹ geworden sind, dass Europa in vielen Bereichen von Unsicherheiten statt Sicherheit geprägt ist.

Nach Ende der jahrzehntelangen, aber vergleichsweise überschaubaren Blockkonfrontation stehen die Länder Europas nun vor einer ungemainen Vielfalt an sicherheitspolitischen Herausforderungen. So wird die regionale Stabilität durch fragile Staatlichkeit an den Außengrenzen der EU gefährdet. Nichtstaatliche Akteure der internationalen organisierten Kriminalität und des Terrorismus, die nur schwer zu lokalisieren sind, lassen die Grenzen zwischen inne-

rer und äußerer Sicherheit immer mehr schwinden. Darüber hinaus sehen sich Staaten zunehmend mit neuen, hybriden Formen der Konfliktaustragung konfrontiert, denen sie nicht mit rein konventionellen Maßnahmen begegnen können. Zudem sind diese Sicherheitsrisiken in den Kontext der fortschreitenden Globalisierung eingebettet, so dass sich Einzelstaaten ihnen nicht mehr ohne Weiteres entziehen können.

Angesichts der diffusen Herausforderungen lassen sich innerhalb der EU verschiedene Grade der Betroffenheit und somit unterschiedliche Bewertungen der Sicherheitsbedrohungen feststellen, die einen gesamteuropäischen Lösungsansatz erschweren. So sind beispielsweise die EU-Mitgliedstaaten faktisch in unterschiedlichem Maße von der Flüchtlingskrise betroffen, genauso wie die Bedrohungsperzeption angesichts der russischen Aggressionspolitik in den mittel- und osteuropäischen Staaten historisch bedingt stärker als in westeuropäischen Ländern ausgeprägt sein dürfte. Aus diesem Grund warnen Kempin und Scheler zu Recht vor einer „thematischen“ und „geographischen“ Spaltung der EU in sicherheitspolitischen Belangen, die die Bemühungen um eine Vertiefung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bremsen, wenn nicht gar zurückwerfen könnte.²

Dabei sind bis heute durchaus nennenswerte Fortschritte der Integration feststellbar. So attestiert Anja Opitz in ihrer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen GSVP im nachfolgenden Beitrag, dass die EU bereits über geeignete Instrumente und Mechanismen des internationalen Krisenmanagements verfüge und darüber hinaus erfolgreiche Einsätze zur Deeskalation und Stabilisierung in benachbarten Krisenregionen durch-

führe. Nichtsdestoweniger moniert sie fortdauernde Mängel in der Koordinierung und Zuordnung von Kompetenzen unter den Mitgliedstaaten, die im Lichte der Vielschichtigkeit der zu lösenden Konflikte schwer ins Gewicht fallen.

Doch wo möchten wir hin? Ist eine vertiefte Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik überhaupt erwünscht bzw. erstrebenswert?

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU wird durch UNTERSCHIEDLICHE Prioritäten erschwert.

Die Flüchtlingskrise ließ zuletzt erhebliche Zweifel an einem gemeinsamen europäischen Solidaritätsgedanken aufkommen. Großbritanniens Premierminister David Cameron verlangt, die EU mit dem Ziel einer schwächeren Union und gleichzeitiger Stärkung der nationalen Parlamente zu reformieren – andernfalls stellt er den Brexit als mögliches Szenario in Aussicht. Und generell wird eine tiefere Integration in diesen Bereichen oftmals mit Verweis auf die NATO als primäres Verteidigungsbündnis abgelehnt. Doch gerade das transatlantische Verhältnis könnte in den Augen von Florian Hahn, der im nächsten Beitrag für eine engere sicherheitspolitische Gemeinschaft wirbt, immens von einer international geschlossenen und autonom auftretenden EU profitieren. Zwar habe Europa im Zuge der Ukraine Krise ein bemerkenswertes Maß an Einigkeit an den Tag gelegt und

könne auch im Praxistest, z. B. in der Pirateriebekämpfung, beachtliche Erfolge aufweisen, doch bleibe vieles an Potenzial in Form von Einsparungen und Effektivitätssteigerungen ungenutzt – sei es aufgrund fehlender gemeinsamer Standards, ungenügender finanzieller Mittel oder des schlichten Mangels an politischem Willen.

Dass Europa in Zukunft noch mehr an einem Strang ziehen muss, hält auch Stephan Bierling fest, der in seiner Beurteilung der EU als außenpolitischer Akteur ein eher kritisches und pessimistisches Urteil trifft. Gemessen an den gegenwärtigen Herausforderungen und Entwicklungen wie Amerikas strategischer Hinwendung gen Asien und die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse, werde Europa immer mehr an geopolitischem Einfluss verlieren, sollte man diesem Trend in den europäischen Hauptstädten nicht gemeinsam entgegenwirken.

cherheiten nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance für die Weiterentwicklung der EU angesehen werden können. Angesichts der globalen Entwicklungen und dem gewachsenen Bewusstsein für die Interdependenz der Herausforderungen könnten diese Krisen als Katalysator für Integration dienen. Ob diese Gelegenheit jedoch von den 28 Mitgliedstaaten gleichermaßen gewünscht und wahrgenommen wird, bleibt abzuwarten.



/// ANDREA ROTTER M.A.

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung e. V. München.

Für eine gesamteuropäische Lösung sind die Interessen derzeit zu UNTERSCHIEDLICH.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich der Zustand der sicherheitspolitischen Unsicherheiten, in dem sich Europa derzeit befindet, in absehbarer Zeit ändern wird. Doch erste Zeichen aus Brüssel wie der Vorstoß von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, eine gesamteuropäische Armee ins Leben zu rufen, lassen erahnen, dass diese Unsi-

Anmerkungen

- ¹ Rede von Staatssekretär Stephan Steinlein anlässlich der Eröffnung des Außenwirtschaftstags Architektur, Planen, Bauen am 28. Januar 2015 im Auswärtigen Amt in Berlin, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2015/150128_StSSt_AWT.html, Stand: 16.11.2015.
- ² Vgl. Kempin, Ronja / Scheler, Ronja: Auflösungserscheinungen in der GVSP vorbeugen. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit als Vehikel für mehr Integration, SWP-Aktuell 63, Juli 2015, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A63_kmp_sel.pdf, Stand: 17.11.2015.